

SCHLUSSBETRACHTUNG UND AUSBLICK

Mit dem Wahlsieg hatte Thatcher das erste Etappenziel erreicht, zu dem sie nach ihrer überraschenden Wahl zur Parteiführerin mehr als vier Jahre zuvor aufgebrochen war. Die britischen Wähler hatten sie mit einer komfortablen parlamentarischen Mehrheit ausgestattet, mit deren Hilfe sie in der nächsten Legislaturperiode ihre politischen Ziele in die Realität umsetzen konnte. Wie diese Ziele aussahen, daran konnte im Frühjahr 1979 kein Zweifel mehr bestehen: Der Staat sollte aus dem Wirtschaftsleben zurückgedrängt, dem Leistungsprinzip größere Geltung verschafft und mehr Wettbewerb ermöglicht werden. Die Inflationsbekämpfung würde gegenüber dem Ziel der Vollbeschäftigung Priorität erhalten. Die Macht der Gewerkschaften sollte beschränkt, Staatsausgaben und Steuern gesenkt, die Verteidigungsbereitschaft des Staates nach außen und im Innern vergrößert werden. Weniger klar war, auf welchen Wegen man diese Ziele erreichen wollte. Auf kaum einem Politikfeld hatte Thatcher konkrete Schritte für ihre Regierungszeit formuliert, ja sie hatte die Publikation detaillierter Programme bewußt vermieden, um sich möglichst viele Optionen offenzuhalten und den Zusammenhalt der Partei nicht zu gefährden.

Besonders deutlich zeigt dies ein Blick auf die innerparteiliche Diskussion über den Monetarismus, mit dem der Thatcherismus so stark identifiziert wurde wie mit kaum einem anderen politischen Begriff. Auf der einen Seite ließen zahllose Stellungnahmen führender Politiker des Thatcher-Flügels der Tories sowie der Parteichefin selbst keinen Zweifel daran aufkommen, daß man in der monetaristischen Lehre die wichtigste Waffe im Kampf gegen die Inflation erblickte. Auf der anderen Seite beschäftigte sich jedoch niemand in der Partei eingehender mit der Frage, wie Friedmans Doktrin in praktikable politische Maßnahmen umgesetzt werden konnte. Nicht einmal das naheliegende Problem, anhand welcher Indikatoren man die für den Monetarismus zentrale Größe der Geldmenge bestimmen könnte, wurde eingehend diskutiert.¹ Ähnlich war es um die Idee der Privatisierung maroder Staatsbetriebe bestellt, eine der wichtigsten, im Ausland am häufigsten kopierten Innovationen der Thatcher-Ära. Der Grundgedanke war 1979 in den Diskussionszirkeln der britischen „Neuen Rechten“ längst Allgemein-

¹ Statt dessen nahm man allzu bereitwillig an, „that the task was essentially one of applying with conviction the approach that a reluctant Labour Government had had forced upon it by the International Monetary Fund“, wie Thatchers langjähriger Schatzkanzler Lawson rückblickend zugab; LAWSON, S. 18.

gut, das ihm zugrunde liegende Prinzip des Rückzugs der Staatsmacht aus der Wirtschaft gehörte zu den Lieblingsthemen der Parteiführerin. Trotzdem hatte weder das CPS noch eine der zahlreichen *policy groups* – vom *Conservative Research Department* ganz zu schweigen – eine kohärente Privatisierungsstrategie für bestimmte Unternehmen entwickelt.² Selbst auf Feldern wie der Gewerkschaftspolitik, auf denen Thatcher während der Oppositionszeit unter dem Druck der Ereignisse eigene Detailvorschläge entwickelte, spielten diese später in der Regierungspolitik kaum eine Rolle. Noch Ende Februar 1979 sagte Thatcher zu einem Berater: „I’m not sure quite what we want to do at Number Ten.“³

Gleichwohl wäre es falsch anzunehmen, die Jahre 1975 bis 1979 seien für die Herausbildung des Thatcherismus unbedeutend gewesen. Das Gegenteil ist richtig. Die Oppositionsjahre bildeten die formative Phase von Thatchers radikalem Reformprojekt. In dieser Zeit wurde das intellektuelle Fundament gelegt, auf dem die spätere Politik ruhte, wurden die entscheidenden Weichen für die Wahlerfolge der achtziger Jahre gestellt, die Grundgedanken der Programmatik erarbeitet. Damals begann die lange Zeit erfolgreiche Zusammenarbeit der Parteichefin mit ihren wichtigsten innerparteilichen Verbündeten: Keith Joseph, Geoffrey Howe, Nicholas Ridley, Nigel Lawson, Norman Tebbit. Damals stießen einflußreiche Berater wie Alfred Sherman und John Hoskyns zu ihr. Man kann die Zeit zwischen 1975 und 1979 geradezu als Prägejahre des Thatcherismus bezeichnen, in denen sich jene vier charakteristischen Facetten herausbildeten, die sein Wesen bis zum Schluß bestimmten.

Erstens war er eine radikale Antwort auf die sich zuspitzende Krise von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Großbritannien der siebziger Jahre: Das klassische Instrumentarium des Keynesianismus erwies sich als unbrauchbar, um den wirtschaftlichen Niedergang des Landes zu bremsen oder gar umzukehren; der Wohlfahrtsstaat, der nur bei Vollbeschäftigung bezahlbar war, wurde zu einer immer schwereren Bürde der Volkswirtschaft; die einvernehmliche Konfliktbewältigung zwischen den wichtigen Interessengruppen stieß in Zeiten des Mangels an ihre Grenzen. Der Thatcherismus war das Ergebnis dieses Erosionsprozesses. Die harten Schnitte, die er den Briten zumutete, waren nur vor dem Scheitern der Nachkriegs-

² Vielmehr notierte Keith Joseph, als ihn ein jugendlicher Aktivist der „Neuen Rechten“ mit dem Gedanken einer Privatisierung der britischen Post konfrontierte: „I would very much like myself to remove the statutory monopoly but I suspect that it is all much more complicated than the enthusiasts think“; Schreiben von Keith Joseph an Sir John Eden vom 16. Juli 1975, in: Joseph Papers, General Correspondence KJ 8/1. Vgl. auch LAWSON, S. 199.

³ Tagebucheintrag vom 28. Februar 1979, in: HOSKYNs, S. 87.

ordnung verständlich. Sie beruhten auf der Grundannahme, daß diese Ordnung derart brüchig geworden war, daß nur eine völlige Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik Aussichten auf Erfolg hatte. „[T]he reason why peacetime governments in democracy find it so hard to halt socio-economic disintegration (once it starts)“, schrieb ein Berater Thatchers damals scharfsichtig, „is that neither they nor most political commentators spot the moment when the rules of the game change, so that the established political thought and behaviour is suddenly obsolete.“⁴ Die schonungslose Brutalität, mit der Thatcher den Briten klar machte, daß sich die Spielregeln in der Tat grundlegend verändert hatten, erklärt zu einem guten Teil die Abscheu und den blanken Haß, der ihr später entgegenschlagen sollte. In seiner Analyse der Probleme deckte sie sich dabei weitgehend mit Einschätzungen des linken Flügels der Labour-Partei. Politiker wie Tony Benn waren ebenfalls der Ansicht, daß der keynesianische Konsensliberalismus der Nachkriegsära auf die drängenden aktuellen Fragen keine Antworten mehr wußte. Die Lösungsvorschläge hingegen hätten unterschiedlicher nicht sein können. Während die Labour-Linke den Sozialismus für die einzig praktikable Alternative zur bestehenden Ordnung hielt, sah der Thatcherismus in ihm die Wurzel allen Übels, die es mit Stumpf und Stiel auszurotten galt. Das innenpolitische Bedrohungsszenario fiel dabei mit dem außenpolitischen zusammen: Die Unterschiede zwischen britischen Labour-Politikern und kommunistischen Funktionären in Moskau waren nur gradueller, nicht prinzipieller Natur. In einer Zeit des sich wieder verschärfenden Kalten Krieges bezog der Thatcherismus aus der hermetischen Geschlossenheit des Welt- und Feindbildes einen guten Teil seiner suggestiven Überzeugungskraft.

Seine eigenen Lösungsangebote – und dies ist die zweite Facette seines Wesens – verdankte der Thatcherismus vor allem der „Neuen Rechten“. Man kann in ihm die parteipolitische Paßform jener geistigen Strömung erblicken, die im Verlauf der siebziger Jahre immer größeren Einfluß auf die politische Klasse Großbritanniens, insbesondere auf die meinungsbildende Presse, gewann. Zentrale Bestandteile der Programmatik des Thatcherismus, seiner strategischen Grundausrichtung sowie seiner moralischen Prinzipien waren seit Ende der sechziger Jahre in den Diskussionskreisen und Gesprächszirkeln der britischen *New Right* erörtert worden, die ihrerseits auf Ideen des klassischen Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert zurückgriff. Insofern waren die Grundgedanken des Thatcherismus weder neu

⁴ Memorandum „Political Innovation“ von John Hoskyns (ohne Datum), in: Sherman Papers, Box 19, Folder 1, S. 4.

noch originell. Was in den siebziger Jahren zu den klassischen Ideen des Wirtschaftsliberalismus hinzu kam, war ein neuer Optimismus, den Stein des Weisen gefunden zu haben, und damit verbunden ein Gefühl ungeduligen Überdrusses der alten Ordnung gegenüber. „Thatcherism’s mood was one of impatience with what was going on“, beschrieb Sherman rückblickend die Stimmung der „Neuen Rechten“ in der Mitte des Jahrzehnts. „In the beginning was the mood, and the mood became Thatcher.“⁵ Sie erst transformierte die teilweise abstrakten, weltfernen Ideen der Intellektuellen in praktikable Politik und verwandelte sie auf diese Weise zu einer scharfen Waffe im parteipolitischen Streit.

Denn der Thatcherismus war drittens nie bloße Doktrin, Theorie oder Weltanschauung, sondern immer auch eine Strategie der politischen Machtgewinnung, die letztlich nicht an ihrer abstrakten Gültigkeit oder theoretischen Richtigkeit gemessen wurde, sondern an ihren Erfolgen. Für die Jahre 1975 bis 1979 bedeutet dies: Der Thatcherismus war eine Strategie, die Ziele und Ideen einer radikalen Minderheit in der Führungsschicht der Tory-Partei gegen den Widerstand oder zumindest die widerstrebende Beharrungskraft einer Mehrheit durchzusetzen, die am keynesianischen Konsensliberalismus festhalten wollte. Das wichtigste Instrument in den Händen der Minderheit war dabei die Position des Parteiführers, der in der Konservativen Partei traditionell über eine besonders starke Stellung verfügte und, wie sich zwischen 1975 und 1979 mehrfach deutlich zeigte, der Partei durch persönliche Initiativen seinen Willen aufzwingen konnte. Doch sind dem Amtsinhaber auch Grenzen gesetzt – zumal dann, wenn sein Schattenkabinett mehrheitlich anderer Auffassung ist als er. Dem Thatcherismus war daher, gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, die Kunst des Kompromisses nicht fremd. Sie wurde vielmehr gerade in den Oppositionsjahren häufig angewandt, um den Zusammenhalt der Gesamtpartei nicht zu gefährden und die Wahlchancen der Partei zu verbessern.

Zusammengebunden wurden diese verschiedenen Aspekte viertens schließlich von der Person der Parteiführerin. „[N]ever underestimate the force of personality“, lautete die Schlußfolgerung, die der Cambridger Historiker Peter Clarke aus der Geschichte des Thatcherismus zog.⁶ In der Tat wird man den Thatcherismus nicht begreifen, wenn man die Bedeutung seiner Namenspatronin nicht angemessen würdigt. Auch für sie waren die Jahre 1975 bis 1979 die formative Phase ihrer Laufbahn, in der sie nicht nur ihren eigentümlichen Politikstil entwickelte, ihre politischen Ziele formu-

⁵ Zit. nach ebd., S. 180.

⁶ CLARKE, Rise, S. 321.

lierte, sondern auch ihr öffentliches Image ausprägte. Zuvor war sie lediglich eine aus einfachen Verhältnissen stammende Tory-Dame mit Hut, Handtasche und Ehrgeiz gewesen, die einen reichen Ehemann geheiratet hatte und in der Politik Karriere machen wollte. Nach ihrer Entscheidung, für das Amt des Parteiführers zu kandidieren, entwarf sie eine neue Identität für sich, die zwar an Aspekte aus ihrem früheren Leben anknüpfte, aber insgesamt doch völlig andere Akzente setzte. Sie präsentierte sich nun als „Eiserne Lady“, die im Kramladen ihres Vaters die Gesetze des Marktes verinnerlicht hatte und mit Hilfe der dort erlernten viktorianischen Tugenden den Niedergang ihres Landes aufzuhalten, ja umzukehren gedachte. So wie Thatcher verschüttete Traditionen der britischen Geschichte wieder freilegen wollte, um die Nation zur Größe zurückzuführen, grub sie auch in ihrem eigenen Lebenslauf tiefer liegende Schichten aus, die ihrer radikalen Reformpolitik biographische Glaubwürdigkeit verleihen sollten.

Es wäre jedoch irrig anzunehmen, Margaret Thatcher habe als Parteiführerin nur ein Image zur Schau getragen. Sie glaubte selbst felsenfest an die Eigenschaften, die zu verkörpern sie sich vorgenommen hatte. Individualismus, harte Arbeit, Leistungswille, Wettbewerbsbereitschaft, Eigenverantwortung, Patriotismus und Familiensinn – das alles waren in ihren Augen Tugenden, ohne die sich ihre Nation niemals aus der Krise befreien würde. Auf dem Höhepunkt ihrer Macht beschrieb die Politikerin später einmal, was sie selbst unter Thatcherismus verstand:

[I]t is in everything I do. It's a mixture of fundamentally sound economics. You live within your means; you have honest money, so therefore you don't make reckless promises. You recognise human nature is such that it needs incentives to work harder, so you cut your tax. It is about being worthwhile and honourable. And about the family. And about something which is really rather unique and enterprising in the British character – it's about how we built the Empire, and how we gave sound administration and sound law to large areas of the world.⁷

Erst Thatchers unverrückbare – oft engstirnige – Überzeugung gab diesen zum Teil disparaten Elementen inneren Zusammenhalt. Erst ihr Führungswille, ihr Populismus, ihr missionarischer Eifer, andere von der Richtigkeit ihrer eigenen Einstellungen zu überzeugen, verliehen dem Thatcherismus seine politische Durchschlagskraft. Ihr wichtigster Beitrag zum Erfolg bestand in dem Mut, der Unbedingtheit und Aggressivität, mit der sie ihre Sache verfocht, und in dem festen Vorsatz, komplizierten Problemen mit einfachen Lösungen zu begegnen.

⁷ Zit. nach RODNEY TYLER, Campaign. The Selling of the Prime Minister, London 1987, S. 251.

Gleichzeitig war sie eine professionelle Politikerin, die Risiken sorgfältig abschätzte, bevor sie sie einging, und abzuwarten verstand, bis sie ihre Chance gekommen sah. Es wäre falsch, in ihr lediglich die prinzipienfeste Überzeugungstäterin zu sehen, als die sie selbst sich gern präsentierte. Sie war auch eine gewiefte Taktikerin, die genau erkannte, von welcher schwachen innerparteilichen Position aus sie agierte, wie groß das Mißtrauen in der Bevölkerung gegenüber ihrer Blitzkarriere und ihrem radikalen Reformprogramm war. Der vorsichtige, ja zögerliche und opportunistische Zug ihres Charakters trat in den Oppositionsjahren, als sie sich ihrer eigenen Fähigkeiten noch nicht sicher war, besonders deutlich zutage. Sie ging in dieser Zeit aus parteitaktischen wie wahlkampfstrategischen Gründen zahlreiche Kompromisse ein. Oft genug fraß sie Kreide und kaschierte ihre weitreichenden Ziele durch versöhnliche Rhetorik. Doch daneben fanden sich bereits immer wieder und zunehmend mehr – mit erstaunlicher Deutlichkeit ausgesprochen – alle zentralen Merkmale ihrer späteren Politik als Regierungschefin. Anzeichen für ein grundsätzliches Umschwenken oder Zurückweichen, für etwaige Zweifel an der Richtigkeit ihrer Überzeugungen gab es nicht. Wo Thatcher sich mit ihren Vorstellungen in der Partei nicht durchsetzen konnte, achtete sie sorgfältig darauf, daß wenigstens jede programmatische Festschreibung der ungeliebten Mehrheitsposition vermieden wurde. Im übrigen setzte sie auf die disziplinierende Wirkung der Regierungsverantwortung nach einem Wahlsieg und den Machtgewinn, den das Amt der Premierministerin ihr innerparteilich verschaffen würde.

Eine eigentümliche Spannung, die allen vier Facetten des Thatcherismus innewohnte, bestand in dem konfliktreichen Verhältnis konservativer und liberaler Elemente. Seine akademischen Vordenker von Hayek und Friedman haben sich nie als Konservative bezeichnet, sondern stets als Liberale. Friedrich von Hayek hat sich sogar immer wieder abfällig über den Konservatismus als politische Philosophie geäußert, und Friedman hat erklärt, Thatcher sei eigentlich gar kein Tory, sondern eine Liberale des 19. Jahrhunderts.⁸ Die Politikerin selbst hat, freilich erst nach ihrem Sturz im November 1990, ganz ähnlich geurteilt. Zu einem Vertrauten sagte sie:

⁸ Vgl. SKED und COOK, S. 329. Zu von Hayeks Einstellung gegenüber dem Konservatismus vgl. VON HAYEK, *Verfassung*, S. 484–91. Arthur Seldon und Oliver Smedley vom IEA verstanden sich ebenfalls als Liberale. Der Direktor des Instituts, Ralph Harris, trat, nachdem Thatcher ihn Mitte der achtziger Jahre für seine Verdienste geadelt hatte, ganz bewußt nicht der Tory-Fraktion im Oberhaus bei, sondern bestand auf seinem Status als Unabhängiger. Auch John Nott, Gründungsmitglied des *Economic Dining Club* und später während des Falklandkrieges Verteidigungsminister, sagte von sich: „I am a nineteenth-century Liberal and so is Mrs Thatcher“; zit. nach SKED und COOK, S. 329.

Do you know, what's the real problem with the Conservative Party? The name of it. „Conservative“ is no longer right. It doesn't describe what we are. It's directly misleading. We are not a „conservative“ party. We are a party of innovation, of imagination, of liberty, of striking out in new directions, of renewed national pride and a novel sense of leadership. That's not „conservative“, is it?!⁹

Eben dies wurde dem Thatcherismus von seinen innerparteilichen Gegnern vorgeworfen. Er wolle Staat und Gesellschaft revolutionieren, grundlegend verändern und eben *nicht* bewahren, wie es Konservative zu tun pflegten. Thatcher und ihre Anhänger antworteten auf diese Kritik, die sozialistischen Irrwege der Nachkriegszeit wollten sie in der Tat nicht bewahren. Was sie erhalten – oder vielmehr wieder freilegen – wollten, sei der wahre Kern des britischen Wesens, die wahren britischen Tugenden, die das Land im 19. Jahrhundert groß gemacht hätten. Ihr Konservatismus war somit eine Revolution im ursprünglichen Wortsinn, eine „Rückwendung“ zu den angeblichen Wurzeln britischer Größe. Mit dieser Haltung seien sie die „wahren Konservativen“, betonten Thatcher und ihre Anhänger, während man die Gemäßigten auf dem linken Parteiflügel nur als verkappte Sozialisten bezeichnen könne. Daß dies nicht bloße Rhetorik war, zeigt ein Blick auf Thatchers Haltung zur Verfassungsordnung, die für sie ein genuiner Ausdruck des britischen Nationalcharakters war und die sie deshalb unter allen Umständen bewahren wollte. In dieser Frage war sie ganz konservativ: Sie wehrte sich gegen eine Veränderung des Wahlrechts hin zum Verhältniswahlrecht, gegen Koalitionsregierungen, eine geschriebene Verfassung, eine Reform des Oberhauses, eine Länderkammer, und wie die Vorschläge alle heißen mochten, die auch und gerade in ihrer eigenen Partei vorgebracht wurden.

Im Thatcherismus finden sich liberale und konservative Elemente auf charakteristische, manchmal widersprüchliche Weise verquickt. Die Einstellung zum Weltmarkt etwa und zur Rolle der Nationen darin offenbarte die Spannung, in welcher die gaullistisch-nationalistische Seite des Thatcherismus zu dessen wirtschaftsliberalen Prinzipien stand. Das aus der liberalen Tradition stammende Leistungsdenken des Thatcherismus, seine meritokratische Grundeinstellung, ließ sich nur schwer mit dem konservativen Ziel vereinbaren, überkommene aristokratische Institutionen wie das Oberhaus zu bewahren. Und das Plädoyer für einen Rückzug der Staatsmacht, für Eigenverantwortung und Pluralismus standen, gelinde gesagt, quer zu der Weigerung, Schottland und Wales größere Autonomierechte zuzugestehen.¹⁰

⁹ URBAN, S. 191.

¹⁰ Vgl. hierzu DAVID MARQUAND, *The Paradoxes of Thatcherism*, in: SKIDELSKY (Hrsg.), *Thatcherism*, S. 159–72. Siehe auch BENTLEY.

Ein gutes Beispiel für dieses Spannungsverhältnis ist Thatchers Menschenbild. In Fragen der Wirtschaftsordnung entsprach es den klassischen liberalen Ansichten eines Adam Smith, demzufolge der Mensch seinem Wesen nach gut und vernünftig ist, rational handelt, auf seinen eigenen Vorteil achtet und damit zugleich die Wohlfahrt aller befördert. In Bezug auf Recht und Ordnung vertrat die Politikerin jedoch die Position des typischen Konservativen, für den der Mensch aufgrund der Erbsünde etwas unausrottbar Böses in seinem Wesen hat, dem man nur mit Recht, Gesetz, Strafe und Sühne begegnen kann. Das Christentum lehre, erklärte sie in einer Ansprache in der Kirche St. Lawrence Jewry, „that there is some evil in everyone and that it cannot be banished by sound policies and institutional reforms; that we cannot eliminate crime simply by making people rich, or achieve a compassionate society simply by passing new laws and appointing more staff to administer them“.¹¹

Die Politikerin ahnte selbst, daß die beiden Seiten ihres Menschenbildes sich nicht harmonisch ineinander fügten. In derselben Rede sprach sie davon, das Neue Testament enthalte zwei sehr allgemeine anscheinend widersprüchliche Gesellschaftsvorstellungen: eine von der Gemeinschaft der Gläubigen her denkende, um das Zusammenleben der Menschen besorgte und eine um das Individuum und seine Wahlfreiheit kreisende. Die Kunst der Politik bestehe darin, die beiden ins richtige Verhältnis zueinander zu bringen.¹² Auf die Situation im Großbritannien der siebziger Jahre angewandt, leitete Thatcher daraus die politische Schlußfolgerung ab, den Staat aus dem Wirtschaftsleben zurückzudrängen, der Wahlfreiheit des Individuums mehr Platz einzuräumen, gleichzeitig jedoch die Ordnungs- und Schutzfunktion des Staates im Innern und nach außen zu betonen, um dem Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit zu entsprechen. Dies alles sind Belege dafür, daß der Thatcherismus keine geschlossene und in sich schlüssige Theorie war, sondern eine wirkungsvolle Praxis, die man weder mit dem Etikett „liberal“ noch „konservativ“ vollständig beschreiben kann. Nicht die logische Stringenz war entscheidend, sondern der Blick auf politische Zweckmäßigkeit, politische Mehrheiten – und nicht zuletzt auf die persönlichen Vorlieben und Antipathien der Parteiführerin.

Die Kombination erwies sich nicht nur als Erfolgsrezept für die Opposition, sondern lange Zeit auch für die Regierungsjahre. Radikalismus und

¹¹ Am 30. März 1978 in der Kirche St Lawrence Jewry in der City of London, abgedruckt in: THATCHER, *Revival*, S. 62–70 (S. 65); ebenfalls abgedruckt in: THATCHER, *Collected Speeches*, S. 70–7 (S. 73).

¹² Ebd., S. 69 bzw. S. 76.

Populismus blieben die Markenzeichen von Thatchers Politikstil. Sie sei der einzige Parteichef der Nachkriegszeit, der in der Regierung radikaler gewesen war als in der Opposition, stellte einer ihrer Mitarbeiter im Rückblick fest.¹³ Tatsächlich betrieb Thatcher seit 1979 eine höchst kontroverse, zunehmend polarisierende Politik, die spürbare Konsequenzen für das Alltagsleben ihrer Landsleute hatte. Sie verfocht einen Kurs strikter Haushaltskonsolidierung und Inflationsbekämpfung – auch um den Preis einer zwischenzeitlichen Verdopplung der Arbeitslosenzahlen auf über drei Millionen, fast zwölf Prozent.¹⁴ Sie suchte den Konflikt mit der mächtigen britischen Gewerkschaftsbewegung und gewann. Sie strich Subventionen für wirtschaftsschwache Regionen, auch wenn dadurch manche Gegenden im Norden des Landes in Industriebrachen verwandelt wurden, während andere – vor allem im Süden – prosperierten. Sie setzte umfassende Privatisierungsprogramme für kränkelnde Staatsbetriebe durch, die später von anderen Staaten kopiert wurden, aber viele Briten ihre Arbeitsplätze kosteten. In der Außenpolitik führte und gewann sie den Krieg um die Falkland-Inseln im Südatlantik gegen Argentinien. Sie kritisierte die Entspannungspolitik, mahnte eine unnachgiebige Haltung gegenüber der Sowjetunion an und betrieb einen Kurs intransigenter nationaler Interessenwahrung gegenüber der Europäischen Gemeinschaft.

Mit dieser Politik spaltete Thatcher Großbritannien in zwei Lager: ihre Anhänger und ihre Gegner, die Gewinner und Verlierer der von ihr in Gang gesetzten Veränderungen. Gewiß profitierte sie bei ihren Erfolgen von der Schwäche der Labour-Partei und der Spaltung der britischen Opposition in den achtziger Jahren. Ebenso wichtig war jedoch, daß es lange Zeit mehr Gewinner als Verlierer zu geben schien. Zudem gelang es der Politikerin, ihre politischen Projekte als Kreuzzüge zu inszenieren, bei denen sie an der Spitze der Kräfte des Lichts gegen die Mächte der Finsternis zu Felde zog. So präsentierte sie sich nacheinander als Jeanne d'Arc des Falklandkrieges, als Drachentöterin der Gewerkschaften, als Nemesis des Weltkommunismus, als streitbare Marktmissionarin, die für den Abbau innereuropäischer Handelsschranken focht, als unversöhnliche Gegnerin der europäischen Bürokratie in Brüssel und als Kämpferin für die Selbsterhaltung eines souveränen Großbritanniens.

Es fällt auf, daß ihr Stern gegen Ende der achtziger Jahre zu sinken begann, als der Manichäismus ihrer Weltsicht sich immer weniger in die veränderte weltpolitische Landschaft einfügte. Kampfgeist, Populismus und

¹³ Chris Patten zit. nach YOUNG und SLOMAN (Hrsg.), S. 135.

¹⁴ Siehe TAYLOR, S. 379.

Radikalismus verwandelten sich aus Stärken in Schwächen, je weniger bedrohlich und krisenhaft die Lage im Innern und nach außen erschien. Nun rächte es sich, daß Thatchers brüsker, konfrontativer Politikstil ihr wenig loyale Freunde im Tory-Establishment gewonnen hatte. Ihre wiederholten Ankündigungen, die marktradikalen Reformen seien noch lange nicht vorbei, würden vielmehr immer weiter gehen, schreckte viele Briten zunehmend ab. Davon waren jedenfalls immer mehr konservative Abgeordnete überzeugt, die ernsthaft um ihre eigene Wiederwahl zu fürchten begannen. Gleichzeitig betrachtete die außenpolitische Elite des Landes Thatchers gegen die europäische Integration gerichteten Populismus mit wachsender Sorge. Die Vorurteile und Antipathien der Parteichefin drohten Großbritannien ins diplomatische Abseits zu manövrieren und den nationalen Interessen zu schaden. Jene Charakteristika, die Thatchers Politik anfangs so große Durchschlagskraft verliehen hatten, trugen am Ende entscheidend zu ihrem Sturz im November 1990 bei.¹⁵

All dies macht deutlich, daß der Thatcherismus keine überzeitlich gültige, überall anwendbare Doktrin ist. Vielmehr war er eng an die Traditionen, Verhaltensmuster und Institutionen Großbritanniens, an die Zuspitzung der ökonomischen und politischen Krise des Landes in den siebziger Jahren sowie an die Persönlichkeit und Weltanschauung seiner Namenspatronin, an ihre Vision von einer besseren Zukunft und ihren spezifischen Politikstil gebunden. Dennoch stellt sich die Frage, wieso es zum Beispiel in Deutschland keine vergleichbare Entwicklung gegeben hat, während etwa die USA unter Ronald Reagan einen ähnlichen Weg einschlugen. Schließlich legen doch die Arbeiten der Westernisierungsforschung den Schluß nahe, „daß bis zum Beginn der siebziger Jahre eine westeuropäisch-atlantische Homogenisierung ökonomischer, politischer und sozialer Wertvorstellungen stattgefunden hat“, daß also nicht nur die Staaten des atlantischen Bündnisses, sondern auch ihre Gesellschaften während der Jahre 1945 bis 1970 enger zusammengedrückt sind.¹⁶

Die Frage stellt sich noch dringlicher, wenn man das Urteil George Urbans bedenkt, der als Leiter des Senders *Radio Free Europe* in München und als gelegentlicher Redenschreiber Thatchers sowohl Großbritannien als auch den Kontinent gut kannte. Urban hat auf den Gegensatz zwischen Thatchers englischem Nationalstolz und den sehr unenglischen Charakter-

¹⁵ Vgl. hierzu die knappe, treffende Darstellung bei EVANS, S. 108–14.

¹⁶ DOERING-MANTEUFFEL, S. 134. Vgl. hierzu aus der Sicht des Sozialhistorikers auch HARTMUT KÄLBLE, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980*, München 1987.

eigenschaften hingewiesen, die sie verkörperte: „If Englishness means common sense, moderation, give-and-take, respect for minority views, the distrust of grand schemes and theories, then [Thatcher] represents the opposite of these: passionate attachments, perfectionism and unbending leadership.“ Im Rückblick fand Urban, die Politikerin sei in vieler Hinsicht zu gut für Großbritannien gewesen – unbritisch, wenn man von den Talenten und Mentalitäten der Briten im späten 20. Jahrhundert ausgehe. „She is cut out to be the leader of a nation with the thrift and work ethic of Japan, Germany, Switzerland, Taiwan, perhaps even the US“, behauptete er, „where her vision, resolve and free-market enthusiasm would produce lasting results.“¹⁷

Die Frage, wieso es im Deutschland der siebziger, achtziger und neunziger Jahre nichts dem Thatcherismus Vergleichbares gegeben habe, läßt sich im Rahmen einer Schlußbetrachtung nicht erschöpfend beantworten. Hierzu wären detaillierte Vergleichsstudien über die ökonomische, politische, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung beider Länder während dieser Zeit erforderlich, die es noch kaum gibt.¹⁸ Dennoch kann man auf der Grundlage des bisher Gesagten und in Anlehnung an die beschriebenen vier Facetten des Thatcherismus einige Vermutungen wagen.

Erstens war die Krise der Nachkriegsordnung, des keynesianischen Konsensliberalismus, im Großbritannien der siebziger Jahre stärker ausgeprägt als in der Bundesrepublik. Zwar geriet auch die westdeutsche Volkswirtschaft in diesen Jahren in die Turbulenzen von Öl- und Weltwirtschaftskrisen. Doch wurde sie dabei ungleich weniger beschädigt als die britische, zum einen weil das westdeutsche Wirtschaftswachstum der beiden vorangegangenen Jahrzehnte größer gewesen war und länger angehalten hatte, zum anderen auch wegen des besseren Krisenmanagements, das Bundesregierung und Bundesbank betrieben. Infolgedessen war das Krisenbewußtsein

¹⁷ URBAN, S. 183, 109.

¹⁸ Philipp Gassert hat jüngst noch einmal auf das „komparatistische Defizit der zeithistorischen Forschung“ hingewiesen; PHILIPP GASSERT, Die Bundesrepublik, Europa und der Westen, in: JÖRG BABEROWSKI et. al., Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart, München 2001, S. 67–89 (S. 83). Es gibt freilich eine Reihe vergleichender politik- bzw. sozialwissenschaftlicher Studien – etwa GOSTA ESPING-ANDERSEN, The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990, PETER BALDWIN, The Politics of Social Solidarity, Cambridge 1990, ALLAN COCHRANE (Hrsg.), Comparing Welfare States: Britain in International Context, London 1993, JENS BORCHERT, Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich, Frankfurt a. M. 1995. Allgemein zu Ansätzen und Ergebnissen international vergleichender Geschichtsschreibung siehe HEINZ-GERHARD HAUPT und JÜRGEN KOCKA (Hrsg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt a. M. 1996; HARTMUT KAEHLBLE, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt, New York 1999.

in der Bonner Republik schwächer als jenseits des Kanals. Die Sorgen der Westdeutschen über mögliche Grenzen des Wachstums blieben eher vage und abstrakt, jedenfalls weniger bedrohlich als die Erfahrungen der Briten zu derselben Zeit. Die Nachkriegsära betrachtete man in der Bundesrepublik während der siebziger Jahre vor allem als Erfolgsgeschichte, sowohl hinsichtlich der ökonomischen und politischen Entwicklung im Innern als auch in Bezug auf den außenpolitischen Wiederaufstieg, der aufgrund der westdeutschen Wirtschaftskraft und des durch die „Neue Ostpolitik“ gewonnenen Handlungsspielraums unter den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt einen neuen Höhepunkt erreichte. In Großbritannien dagegen trauerten viele dem verlorenen Weltreich nach und sahen die Nachkriegsjahrzehnte zunehmend im Licht der Debatte über den wirtschaftlichen Niedergang des Landes. Der westdeutschen Erfolgsstory, so meinten viele Briten, stand die eigene Verfallsgeschichte gegenüber.

Zweitens hatte die wichtigste Kraftquelle des Thatcherismus, die Strömung der „Neuen Rechten“, kein vergleichbar starkes Pendant in der Bundesrepublik. Dort fehlte in den siebziger Jahren eine nennenswerte wirtschaftsliberale Erneuerungsbewegung mit nationalen und konservativen Untertönen. Dafür sind mehrere Gründe denkbar. Zum einen hatte der Wirtschaftsliberalismus in Gestalt der Ordoliberalen um Ludwig Erhard an der Wiege der Bundesrepublik gestanden. Ihm fehlte der Reiz des Neuen oder gar Revolutionären, ganz anders als in Großbritannien, wo die Verstaatlichungsideen der Labour-Partei den Neuanfang nach dem Krieg geprägt hatten. Zudem brach sich der Gedanke einer wirtschafts- und sozialpolitischen Gemeinsamkeit der beiden großen Parteien, der in Großbritannien schon Mitte der fünfziger Jahre auftauchte, in der Bonner Republik erst mehr als zehn Jahre später Bahn. Der keynesianische Konsens, der die britische Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit bestimmt hatte, setzte sich in der Bundesrepublik erst unter Karl Schiller, dem Wirtschaftsminister der Großen Koalition, durch. Nicht zufällig ging der britische Begriff *Butskellism*, der jene Übereinstimmung zum Ausdruck brachte, auf das Jahr 1956 zurück; seine westdeutsche Entsprechung „Plisch und Plum“ hingegen, als Spitzname für das Zusammenspiel des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Schiller mit Finanzminister Strauß von der CSU, wurde erst 1966 geprägt.¹⁹ Damit fehlte in Deutschland lange Zeit die reale Grundlage für das Feindbild jenes „sozialistischen Keynesianismus“ oder „keynesiani-

¹⁹ Zum „Scharnierjahrzehnt“ der sechziger Jahre in Deutschland siehe den Sammelband von AXEL SCHILDT et al. (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

schen Sozialismus“, gegen das sich die britische *New Right* wandte. Hinzu kam, daß sich die deutsche Sozialdemokratie die Prinzipien der Marktwirtschaft in ihrem Godesberger Programm stärker zu eigen gemacht hatte als die britische Labour-Partei dies bis in die neunziger Jahre hinein tun sollte.²⁰ Nicht zufällig lobte Thatcher 1978 Kanzler Schmidt als „that rare person, a Socialist who believes in the market economy“.²¹

Mindestens ebenso wichtig dürften die Unterschiede zwischen der britischen Spielart des Konservatismus und der kontinentaleuropäischen Christdemokratie sein. Vermittlung, Versöhnung und soziale Verpflichtung waren Leitbegriffe in der auf der katholischen Soziallehre beruhenden politischen Philosophie vieler Christdemokraten, die gegenüber Individualismus und Marktvertrauen des Wirtschaftsliberalismus häufig skeptisch blieben.²² Unmittelbar geprägt von der Erfahrung des Zerstörungspotentials politischer Gewalt und totalitärer Ideologien spielten Pragmatismus, sozialer Friede und nationale Einigkeit in politischen Grundfragen im Denken der Nachkriegsgeneration gerade deutscher Christdemokraten eine größere Rolle als bei britischen Konservativen. Koalition und Konsens rangierten ganz oben in der Werteskala einer Sammlungspartei wie der CDU, die das Scheitern der ersten deutschen Republik nicht zuletzt auf die dogmatische Verbohrtheit der Weimarer Parteien zurückführte. Außerdem wußten christdemokratische Politiker nur allzu gut, welche Möglichkeiten der Patronage, des Machtgewinns und der Erschließung neuer Wählerreservoirs die Ausdehnung der Staatsaufgaben und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates ihnen boten.²³

Der unterschiedliche Staatsbegriff und die unterschiedlichen politischen Kulturen in beiden Ländern dürfte in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt haben.²⁴ Da in Großbritannien die Vorstellung eines positiv konnotierten „Staates“ weitgehend fehlte, eignete sich der *welfare*

²⁰ Vgl. hierzu CARL CAVANAGH HODGE, *The Long Fifties. The Politics of Socialist Programmatic Revision in Britain, France and Germany*, in: *Contemporary European History* 2, 1993 (1), S. 17–34.

²¹ Am 21. Februar 1978 im Dorchester Hotel in London: News Service 246/78, S. 2.

²² Vgl. KEES VAN KERSBERGEN, *Social Capitalism. A Study of Christian Democracy and the Welfare State*, London 1995.

²³ Zur CDU als „Sammlungspartei“ vgl. FRANK BÖSCH, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001. Vgl. auch MARK MAZOWER, *Dark Continent. Europe's Twentieth Century*, Harmondsworth 1998, S. 340–1.

²⁴ Diesen Aspekt unterstreicht KARL ROHE, *Zur Typologie politischer Kulturen in westlichen Demokratien. Überlegungen am Beispiel Großbritanniens und Deutschlands*, in: HEINZ DOLLINGER et. al. (Hrsg.), *Weltpolitik – Europagedanke – Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag*, Münster 1982, S. 581–96.

state, der quer zur britischen Tradition stand, hervorragend als Zielscheibe der Kritik. In Deutschland hingegen schwingt bis in die Gegenwart im Staatsbegriff Hegels Gedanke vom Staat als höchster Stufe der Sittlichkeit und konkreter Verwirklichung der Freiheit mit, was die Aufgabe einer Beschneidung staatlicher Einflußsphären bedeutend erschwert. Schließlich fiel den Deutschen auch der Rückgriff auf die angeblich großen nationalen Tugenden der Vergangenheit schwer, den die britischen „Neuen Rechten“ forderten. Zum einen fanden sie in ihrem 19. Jahrhundert weniger *laissez faire*-Kapitalismus und Freihandel, dafür mehr staatliche Sozialpolitik und Schutzzölle. Zum anderen blockierten die zwölf dunklen Jahre des Nationalsozialismus ohnehin bis auf weiteres jeden Zugriff auf eine positiv gedeutete nationale Geschichte.²⁵

Drittens wäre eine Strategie der Machtgewinnung, wie Thatcher sie betrieb, unter den institutionellen Bedingungen der Bundesrepublik auf erheblich größere Hindernisse gestoßen als im politischen System Großbritanniens. Selbst wenn sich ein Vorsitzender der CDU eine ähnlich dominante Position in seiner Partei erkämpft hatte wie der Führer der Tories sie traditionell besaß, mußte er dennoch stets auch an die abweichenden Interessen und Ziele der bayrischen Schwesterpartei denken. Hinzu kommt das Verhältniswahlrecht bei Bundes- und Landtagswahlen, das absolute Mehrheiten erschwert und die Wahrscheinlichkeit von Koalitionsregierungen erhöht. Aufgrund der Eigenart des deutschen Föderalismus ist eine Bundesregierung darüber hinaus gezwungen, bei zentralen Gesetzesvorhaben mit der jeweiligen Mehrheit im Bundesrat Einigkeit zu erzielen. All dies machte nicht nur für christdemokratische Politiker jene Kompromiß- und Konsenssuche, die Thatcher ablehnte, zur Grundbedingung politischen Erfolges. Sie verringerte den Ausschlag des parteipolitischen Pendels von einem Extrem ins andere, hemmte aber zugleich in potentiellen Krisensituationen die Möglichkeiten radikaler Reformpolitik. Damit kam die Bundesrepublik jenem auf Koalition und Konsens gegründeten politischen System sehr nahe, das Thatchers innerparteiliche Gegner in Großbritannien durchsetzen wollten.

Es bleibt viertens der Faktor der Persönlichkeit und die Frage, welcher Politiker in der Bundesrepublik eine ähnliche Rolle wie Thatcher in Großbritannien hätte spielen können. Viele in der *New Right* setzten damals ihre Hoffnungen auf Franz Josef Strauß, in dessen Populismus und Antikommunismus sie kongeniale Eigenschaften zu den Tugenden der „Eisernen

²⁵ Siehe MICHAEL JEISMANN, *Auf Wiedersehen Gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen*, Stuttgart, München 2001.

Lady“ erblickten.²⁶ In der Tat wirkt Strauß' berühmt-berüchtigte Sonthofener Rede vor der CSU-Landesgruppe vom November 1974 im Rückblick fast wie eine Vorwegnahme des Thatcher-Kurses. Man könne „nicht genug an allgemeiner Konfrontierung schaffen“, erklärte der Bayer damals. „Wir kämpfen für die Freiheit, gegen den Sozialismus, für die Person und das Individuum, gegen das Kollektiv“. Den politischen Gegnern müsse man vorwerfen, „daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft“. ²⁷ Passagen wie diesen merkt man deutlich an, daß auch Strauß Kontakte zu von Hayek pflegte; die – durch von Hayek inspirierte – Parole „Freiheit statt Sozialismus“ im Bundestagswahlkampf von 1976 ging ebenfalls auf eine Initiative des bayrischen Ministerpräsidenten zurück. Als Strauß vier Jahre später selbst als Spitzenkandidat der Union antrat, drückte er der Auseinandersetzung noch deutlicher seinen Stempel auf. Wie Thatcher 1979, führte er einen polarisierenden Wahlkampf mit dem ausdrücklichen Ziel, eine absolute Mehrheit für seine Partei zu erreichen. „Freiheit oder Kollektiv ist und bleibt die große geistige Auseinandersetzung dieses Jahrhunderts bis zu seinem Ende“, behauptete er. Den damaligen CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber ließ er verkünden, die Nationalsozialisten seien in erster Linie einmal Sozialisten gewesen. Er selbst sah in den Sozialdemokraten, ähnlich wie die Tory-Politikerin, lediglich den gemäßigten Flügel einer „Volksfront“, die auch die Kommunisten umfaßte. Seinem Kontrahenten, Bundeskanzler Schmidt, warf Strauß „Appeasement-Politik“ vor und warnte, dieser möge achtgeben, daß er nicht für die Zukunft die gleiche Rolle spiele wie Chamberlain 1939.²⁸

Das alles kam Thatchers Verständnis von guter konservativer Politik sehr nahe. Der Ausgang des Wahlkampfes von 1980 zeigte aber auch, wo die Grenzen des Strauß'schen Ansatzes innerhalb des politischen Koordinatensystems der Bundesrepublik lagen. Zwar war sein Wahlergebnis mit 44,5

²⁶ Siehe etwa den Artikel „Europe's Conservatives“ in: *The Free Nation*, 27. Mai 1977, Bd. 2 Nr. 11, S. 6; dort heißt es: „[T]here has been a very tangible revival of conservative movements which are ideologically opposed to the kind of collectivism that has wrecked the British economy and committed the West to re-arming against the Soviet strategic threat. This revival has been intellectual as well as political. In purely political terms it is best represented by Mrs. Thatcher, by Jacques Chirac, and by Franz-Josef Strauss.“

²⁷ Die geheime Rede wurde dem *Spiegel* zugespielt und dort am 10. März 1975 abgedruckt; siehe *Der Spiegel* 11/1975. Zum Hintergrund und zur Bewertung der Rede vgl. auch ALEXANDER GAULAND, Franz Josef Strauss '74. Als Sonthofen Geschichte schrieb, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* Januar/Februar 2001, S. 54–7.

²⁸ Zit. nach *Die Welt*, 27. Mai 1980.

Prozent sogar um 0,6 Prozentpunkte besser als dasjenige von Thatcher, allerdings mit dem Unterschied, daß sie aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts eine klare Regierungsmehrheit errang, während er dem bundesdeutschen Verhältniswahlrecht gemäß deutlich unterhalb der absoluten Mehrheit blieb. Da eine Koalition mit der FDP unter einem Kanzler Strauß nach dessen Konfrontationsstrategie ebenso wenig denkbar war wie eine Koalition Thatchers mit den Liberalen, war er gescheitert.

Die Niederlage hatte jedoch noch zwei andere Gründe, die deutlich machen, wie sehr sich die Bundesrepublik in den siebziger Jahren von Großbritannien unterschied. Der erste Grund war außenpolitischer Natur und hatte mit der Entspannungspolitik zu tun, die Strauß wie Thatcher in Frage stellten. Er unterschätzte, wie sehr die Westdeutschen inzwischen auf politischem und humanitärem Felde von der *Détente* zu profitieren glaubten, wie gering das Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion in der Bevölkerung geworden war. Anders als im britischen Fall erschien eine Rückkehr zur Rhetorik und Praxis des Kalten Krieges nicht als Chance, das nationale Selbstwertgefühl zu erneuern, sondern als unnötige Bedrohung der mühsam erreichten deutsch-deutschen Kontakte.²⁹ Den zweiten Unterschied hatte Strauß selbst, ohne es zu ahnen, schon im November 1974 in seiner Sonthofener Rede angesprochen, als er bemerkte, die westdeutsche Öffentlichkeit sei noch nicht auf eine politische Radikalkur vorbereitet. Sie sei noch nicht „so stark schockiert, daß sie bereit wäre, die Rezepte, die wir zur langsamen Heilung der Krise für notwendig halten, in Kauf zu nehmen. ... [Das Land] muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden. Es muß also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewußtsein erfolgen.“³⁰ Während Großbritannien in den siebziger Jahren diese traumatische Erfahrung machte, blieb sie in der Bundesrepublik aus. Eine radikale Abkehr von den politischen Rezepten der Vergangenheit, wie sie Strauß und Thatcher vorschwebte, ließ sich in der Bonner Republik nicht verwirklichen, weil sie nicht notwendig war.³¹

²⁹ Zur deutschlandpolitischen Kontinuität in den achtziger Jahren siehe HEINRICH POTT-HOFF, Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren, München 1995; KARL-RUDOLF KORTE, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen, Stuttgart 1998.

³⁰ *Der Spiegel* 11/1975.

³¹ So auch DAVID MARSH, Das Beispiel Großbritannien, in: MANFRED BISSINGER et al. (Hrsg.), Konsens oder Konflikt? Wie Deutschland regiert werden soll, Hamburg 1999, S. 111.

Der kontrafaktische Vergleich mit der westdeutschen Entwicklung in den siebziger Jahren unterstreicht noch einmal, wie stark der Thatcherismus an die historischen Traditionen, die politische Kultur, das Regierungssystem und die Krisenlage Großbritanniens in den siebziger und achtziger Jahren gebunden war. Gleichwohl kann man ihn auch als spezifisch britische Variante von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und ideengeschichtlichen Entwicklungen begreifen, die sich – zum Teil zeitversetzt und in durchaus unterschiedlichen Ausformungen – in vielen westlichen Industrienationen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts vollzogen haben und noch vollziehen. Im Kern geht es dabei um die Erosion der Nachkriegsordnung und die Frage, was an ihre Stelle tritt. Auch in Deutschland widmet man diesem Thema seit einigen Jahren größere Aufmerksamkeit. 1996 schrieb etwa der Politikwissenschaftler Peter Lösche, das gesellschaftliche Organisations- und Regulationsmodell der sechziger und siebziger Jahre, das noch bis in die achtziger Jahre hinein seine Schuldigkeit getan habe, sei zum Auslaufmodell geraten:

Seine wesentlichen Elemente waren der entwickelte Sozialstaat, Stärkung der Massenkaukraft, öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, starke Massengewerkschaften und ausgebaute Mitbestimmung. Das war das sozialdemokratische, keynesianische Politikmodell in der Bundesrepublik. Dies ist heute außer Betrieb, ohne daß klar wäre, wie ein modifiziertes oder neues Modell aussehen könnte, ob es ein solches überhaupt geben kann.³²

Inzwischen beginnt sich auch die zeithistorische Forschung in Deutschland für das von Lösche beschriebene Phänomen zu interessieren. Konnte Hans-Peter Schwarz noch 1990 erklären, die Geschichte der Bundesrepublik sei erst die Geschichte ihrer Stabilisierung, dann ihrer Stabilität, so hat sich die Wahrnehmung in den vergangenen Jahren langsam verschoben.³³ Allmählich wird eine „Geschichte der Mitlebenden in den letzten drei Jahrzehnten“ skizziert, die ganz andere Problemfelder ausmißt: die gesellschaftlichen Umbrüche der siebziger und achtziger Jahre etwa, die globale Mobilität des Kapitals, die Erfahrungen jüngerer, nach dem Krieg geborener Generationen, die nachlassende Integrationsfähigkeit der Arbeitsgesellschaft oder die schwindende Steuerungskraft staatlicher Politik.³⁴ Nun wird gefordert,

³² PETER LÖSCHE, Die SPD nach Mannheim. Strukturprobleme und aktuelle Entwicklungen, in: *APuZ* 6/1996, S. 25.

³³ HANS-PETER SCHWARZ, Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik, in: HERMANN RUDOLPH (Hrsg.), *Den Staat denken*. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten, Berlin 1990, S. 151–174 (S. 160).

³⁴ So etwa LUTZ NIETHAMMER, *Methodische Überlegungen zur deutschen Nachkriegsge-*

nicht mehr vorrangig die Genese und Etablierung der bundesrepublikanischen Institutionen und Arrangements zu untersuchen, sondern auch ihren „Verschleiß, ihr Altern und ihre – jedenfalls partielle – Paralyse“.³⁵

Mit einem derartigen Perspektivwechsel werden zwangsläufig Fragen ins Zentrum des Interesses rücken, die in dieser Studie an die britische Geschichte der siebziger Jahre gestellt wurden. Man wird die Reaktion des Staates auf die Umschichtungen und Verwerfungen in einer sich individualisierenden Gesellschaft untersuchen. Man wird den Siegeszug wirtschaftsliberaler Ideen analysieren – in international vergleichender Perspektive, aber auch als Form des Kulturtransfers.³⁶ Man wird nach den sich verändernden Aufgaben und Rollen fragen, die dem Staat, dem Markt und dem Individuum im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte zugeschrieben wurden. Und man wird sich nicht zuletzt den Handlungsoptionen von Politikern zuwenden, die sich mit der wachsenden Dringlichkeit tiefgreifender Reformen und zugleich mit mächtigen gesellschaftlichen Beharrungskräften konfrontiert sehen. Der marktradikale Populismus, mit dem Thatcher auf diese Probleme reagiert hat, ist ein möglicher Pfad der Entwicklung, aber nicht der einzige. Welche Alternativen es gibt, gehört zu den interessanten Fragen der Zukunft.

schichte, in: CHRISTOPH KLESSMANN et. al. (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten. Eine gemeinsame Herausforderung*, Berlin 1999, S. 307–27 (bes. S. 324–5).

³⁵ KLAUS NAUMANN, *Reden wir endlich vom Ende!*, in: *FAZ* vom 30. August 2001, S. 44. In diesem Sinne auch ARNULF BARING (in Zusammenarbeit mit DOMINIK GEPPERT), *Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten*, Stuttgart 1997.

³⁶ Vgl. JOHANNES PAULMANN, *Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer*, in: *HZ* 267, 1998, S. 649–85.